

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

77 (11.3.1924) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Handels-Zeitung
Verbreitetste Zeitung Badens.
Badische Landeszeitung

Verleger: E. H. Klotz / Druck: H. Klotz / Redaktion: E. H. Klotz

Eigentum und Verlag von
E. H. Klotz

Redaktion:
E. H. Klotz
Verwaltung:
E. H. Klotz

Postamt:
K. 209 und 519
Postfach-Rente: Karlsruhe Nr. 886

Das ungewisse Schicksal des Reichstags.

Ein verlorener Tag im Reichstag.

Stresemann gegen Freytag Loringhoven —
Dr. Düringer gegen die dritte Kolverordnung —
Das Schicksal des Reichstags noch unentschieden —
Will der Reichspräsident die Auflösung verhindern?

10. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Dem Reichstag ist es gelungen, mit Hilfe einiger Dauerredner einen weiteren Tag durchzuschlagen. Nachdem der Reichsaussenminister Dr. Stresemann die Vorwürfe, die er gegen den deutschnationalen Professor Freytag Loringhoven in seiner letzten Rede erhoben mußte, trotz dessen Ablehnung aufrecht erhalten hatte, wurde der Faden der Parteipredigten weiter gesponnen. Eine Ueberraschung bildete die Rede des Deutschen Volkspartei-führers Dr. Düringer, der in der Frage der Aufwertung keine eigenen Wege geht und die Verordnung wie sie die Regierung getroffen hat, für verfehlt hält. Er richtet heftige Angriffe gegen den Justizminister, fügte allerdings hinzu, daß er nicht für seine Partei, sondern nur für seine Person spreche.

Damit kam man in die dritte Garnitur der Redner, die von Herrn Scheidemann eröffnet wurde. Er ist ein seltener Gast auf der Rednertribüne geworden; aber jetzt, wo die Wahlen beginnen sollen, glauben die Sozialdemokraten sehr einmal kräftiger auftreten zu können und schiden in deshalb vor. Er ist aber kein Mannstypus gebunden. Er begnügt sich damit, seine Rede abzulesen, die sachlich nichts Neues bringt, sondern über die Schuldsätze und den Dolchstoß eigentlich alles das wiederholt, was er in Weimar schon des öfteren und damals besser gesagt hat. Mit dem deutschnationalen Degler, der über die Aufwertung und den Beamtenabbau spricht, ist der minimale Arbeitstag des Hauses dann schon beendet. Ein langer Kampf von persönlichen Bemerkungen, und die Fortsetzung wird auf Dienstag vertagt.

Wie die Dinge weiter gehen sollen, das weiß auch zur Stunde niemand. Die Deutschnationalen haben den Versuch gemacht, den gorbischen Knoten zu durchhauen und deshalb beantragt, da die Wahl am 15. April wegen des Palmsonntags unmöglich ist, unter Abänderung der Verfassung diesmal am 11. April die Wahlen vorzunehmen. Die Sozialdemokraten lehnen es aber ab, über diesen Vorschlag auch nur zu sprechen, und auch die Mittelparteien, mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei, wollen offenbar die Entscheidung über die Regierung noch nicht in aller Öffentlichkeit einengen. Der Antrag kommt also nicht auf die Tagesordnung. Immerhin ist beim Reichstanzler über die weitere Entwicklung eingehend gesprochen worden. Die Regierungsparteien haben der Regierung von neuem klar gemacht, daß nur einmal etwas geschehen müsse und haben von sich aus die Anregung gegeben, daß sie am Abschluß der allgemeinen Aussprache, der nun Dienstag oder Mittwoch erfolgen soll, einen Antrag auf Uebertragung der Tagesordnung über die sozialdemokratischen Anträge stellen wollen. Dieser Antrag wird vermutlich abgelehnt und könnte dann den Anlaß zur Auflösung geben, allerdings auf die Gefahr hin, daß dann das Golddiskontogeschäft unter den Tisch fällt. Da eine Möglichkeit besteht, dieses wichtige Geschäft noch vorher unter Dach zu bringen, darüber will man sich am Dienstag mit den Oppositionsparteien unterhalten. Das große Fragezeichen bleibt darüber hinaus aber auch noch, ob der Reichspräsident im Falle der Ablehnung des Antrages der Mittelparteien im Reichstag das Auflösungsdekret unterzeichnen würde. Im kleineren Kreise wurde angedeutet, daß der Reichspräsident ebenso wie seinerzeit bei Dr. Stresemann auch Herrn Dr. Marx gegenüber die Auffassung zu vertreten wissen würde auch auf die Konsequenz hin, daß das Kabinett Marx dann zurücktreten würde und erneut der Versuch gemacht werden müßte, mit einem Geschäftsministerium zu regieren. Wir können uns vorläufig nicht denken, daß der Reichspräsident es auf diesen Konflikt antworten lassen will, selbst wenn er sich dabei auf ein Gutachten des Auswärtigen Amtes stützen sollte, denn eine Regierungskrise mit all ihren Begleiterscheinungen würde auf die Einschätzung des Auslandes über unsere inneren Zustände vermutlich viel verheerender wirken als auch das denkbar ungünstigste Ergebnis der Wahlen.

(Sitzungsbericht auf Seite 2).

England und der Völkerbund.

Noch keine Beschlüsse über die internationale Konferenz.

F.H. Paris, 10. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der englische Vertreter im Völkerbundsrat, Lord Parmoor, erklärte heute in Genf einem Vertreter der Savasagentur, daß Kamraj Macdonald, als er erklärte, daß die Politik der englischen Regierung eine Politik des Völkerbundes sein werde, nicht nur seiner persönlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben habe, sondern der einstimmigen Meinung des englischen Volkes. Ein Ausländer könne sich schwer davon eine Vorstellung machen, wie die öffentliche Meinung in England für den Völkerbund eintritt. Der Völkerbundsrat werde auf seiner diesmaligen Sitzung sehr viele auf der Tagesordnung stehende Fragen erörtern. Infolge der wichtigen Verhandlungen der Alliierten in der Reparations-, Sicherheits- und Abrüstungsfrage wolle die englische Regierung keine Schwierigkeiten machen. Sie behalte sich weitere Schritte für später vor, und bis zum Zusammentritt der Völkerbundsversammlung im September werde die englische Regierung feste Beschlüsse gefaßt haben, d. h. sie werde bis dahin allen Mitgliedern des Völkerbundes das Projekt über einen gegenseitigen Schutzvertrag übermitteln haben.

Während der großen internationalen Konferenz faßte die englische Regierung noch keine Beschlüsse. Wenn aber eine solche Konferenz abgehalten werden sollte, so würden auf ihr im Gegensatz zu der Konferenz von Genoa alle Rechte des Völkerbundes gewahrt bleiben. Das englische Kabinett wolle den Völkerbund allen Nationen zugänglich machen. Lord Parmoor wendet sich dagegen, daß die öffentliche Meinung ihren Anflug ausüben könne, um schwere internationale Fragen zu lösen.

Kabinettsrat in Paris.

Stützungsmaßnahmen um den Franken.
F. H. Paris, 10. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das französische Kabinett hielt heute Vormittag eine dreistündige Sitzung ab, über welche nähere Mitteilungen zu machen die Minister nach Schluß der Sitzung ablehnten. Nur folgende offizielle Note wurde ausgegeben: Der Ministerrat regelte die Haltung der Regierung bei Erörterung der vor der Kammer und vor dem Senat zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe nämlich Abänderung der Artikel 419 und 420 des Strafgesetzbuches die sich auf unerlaubte Spekulationen beziehen, Budget der von Deutschland zu leistenden Auslagen, Si verbordlagen, die von der Finanzkommission des Senats bereits abgelehnt sind und sodann mit laufenden Angelegenheiten.

Die Beschlüsse, die der französische Ministerrat heute faßte, und welche sich vor allem auf die Stützung des Frankenkurses bezogen, werden erst endgültigen Charakter bekommen, wenn sie von einem Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik bestätigt sein werden. Die Regierung wird vor allem weiter bemüht sein, wie ich höre, den Banknotenumlauf der künftigen auf 41 Milliarden Franken zu vermindern.

Die Finanzkommission des französischen Senats tagte vor- und nachmittags. Eine Reihe von Artikeln der Steuerordnungen wurde angenommen. In wichtigen Punkten gehen aber die Ansichten der französischen Kammer, des Senats und der Regierung auseinander. Insbesondere wurde die Bestimmung abgelehnt, die von der Kammer angenommen worden war, das Zündholzmonopol der privaten Industrie zu übergeben. Die Finanzkommission glaubt nicht, daß dadurch auf besondere Einnahmen zu rechnen wäre, wenn die Privatindustrie die Zündholzherzeugung übernehmen würde. Auch in anderen Punkten bestanden Meinungsverschiedenheiten zwischen der Finanzkommission und der Regierung über die Steuerordnungen, wie sie von der Kammer angenommen worden waren.

W.B. London, 9. März. Reuter meldet aus Mail, Beatin werde an den bevorstehenden britischen Flottenmanövern im Mittelmeer teilnehmen.

Die belgische Kabinettskrise.

Die wahrscheinliche Zusammensetzung des Kabinetts.
B. Brüssel, 10. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die katholische Rechte der belgischen Kammer und des Senats hielt heute eine Sitzung ab und erklärte sich sodann in einer Resolution bereit, ein Kabinett Theunis zu unterstützen. Die Rechte erklärte, daß die Hauptarbeit der Regierung darauf gerichtet sein müsse, die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes und die Lebenshaltung zu verbessern, die Reparationsfrage zu lösen, und die Lebenshaltung zu bekämpfen. Auch die liberale Partei hielt eine Beratung ab und beschloß einstimmig, Theunis das Vertrauen zu erneuern. Im Gegensatz zu den Katholiken fordern sie die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik. Außerdem verlangen sie daß keine Streitfragen der inneren Politik aufgeworfen werden sollen. Die finanzielle Wiederherstellung des Landes, die Bilanzierung des Budgets, die Verbesserung der Saluta und der ganzen Lebenshaltung soll durchgeführt werden. Die katholischen Blamen machten unter Führung von van Gansbeke um die Mittagsstunde dem Programm der künftigen Außenpolitik Vorschlag, weil sie von Theunis eine Änderung der Parteipolitik verlangten. Außerdem fordern sie die Zuerstung des Parteiprogramms für Industrie und Arbeit. Sie stellen hierfür den katholischen Abgeordneten für Lüttich Thoffen, als Kandidat an. Diesen hatten die wallonischen Katholiken wegen seiner Benennung der Bilanzierung der Universitäten seine Zeit zur Verfügung gewonnen. Man glaubt, daß das neue Kabinett folgendermaßen zusammengesetzt sein wird:

Theunis, Finanzen; Smans, Aussen; Boulet, Inneres; Koff, Unterricht; Rucette, Ackerbau; Neusen, Eisenbahn; Korthomme, Landesverwaltung; van der Neyer, Wirtschaftsministerium; Thoffen, Industrie.

W.B. Berlin, 10. März. Nach der „Z.“ am Mittag hat heute vormittag im Reichsfinanzministerium eine Besprechung mit den Völkerverkeimern über die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter begonnen, zu denen Vertreter der Beamtenorganisationen hinzugezogen werden dürften.

Weitere Aussagen Lössows.

Die Vernehmung Lössows.

Seine Vernehmung Kahr.

München, 10. März. (Drahtbericht.) In der Vormittags-Sitzung führte Zeuge Generalleutnant von Lössow im weiteren Verlaufe seiner Vernehmung aus für ihn, Kahr und Seiffert sei die dringendste Lösung der deutschen Frage die Herbeiführung des Direktoriums gewesen. Dann vertriebe sich der Zeuge ausführlich über den Konflikt zwischen der bayerischen und der Reichsregierung, der unter dem Schlagwort „Der Fall Lössow“ lärm machte. Lössow läßt scharfe Kritik an den damaligen unklaren Vorgängen in Berlin, die er als unfaßbar, kurzfristig und illegal bezeichnet mit dem Verfügen, daß er, Lössow, jederzeit bereit gewesen sei zu begründen, daß er niemals eine politische Rolle habe spielen wollen, daß vielmehr der ganze Konflikt für ihn ein Marterium gewesen sei, daß aber für die bayerische Regierung der Fall zu einer positiven Frage geworden sei. Die Inpflichtnahme der bayerischen Reichswehrdivision habe weder Trennung noch Abtrennung bedeutet, sie solle nur belagert, daß die bayerische Division nicht aus chinesischen Kulis bestehe, sondern aus bayerischen Landeskindern, die gut deutsch und gut bayerisch sind. Berlin hat aber den verhängnisvollen Fehler gemacht nicht das genügende Verhältnis dafür aufzubringen, für ihn sei es von vornherein klar gewesen, daß er sofort nach der Bereinigung des Konflikts von seinem Posten zurücktreten würde. Die politische Linie, die er mit Kahr und Seiffert verfolgt habe, habe mit dem Konflikt zwischen München und Berlin nichts zu tun gehabt. Man habe aber gewußt, daß der Konflikt sich in Wohlgefallen auflösen werde an dem Tag, wo das Direktorium aus der Ruder komme.

General Lössow kam dann auf seine Beziehungen mit Hitler zu sprechen, dessen Verehrtheit auch auf ihn großen Eindruck gemacht habe. Dieser Eindruck habe aber allmählich abgenommen, da die langen Reden fast immer das gleiche enthielten während einem anderen Teil Wirklichkeitsleben und der Maßstab für das Greifbare fehle. Für denjenigen dessen Denkwelt nicht mehr eingestellt sei, würden diese Reden allmählich unwirksam. Bei persönlichen Gesprächen führte Hitler allein das Wort und es sei vernehmlich gewesen. Einwendungen zu machen. Wenn man Hitler den Willen tue, so sei es gut, wenn nicht, so stehe man schlecht bei ihm im Auz. Der Zeuge erklärte, es sei ihm nicht einen Augenblick eingefallen, den Wortspielen zu folgen. Ludendorff gegenüber habe er einmal den Gedanken des Direktoriums besprochen und dieser habe ihm zu seiner Vernehmung diesen Gedanken als die Patentlösung bezeichnet. Vor der

Inpflichtnahme der Truppen

habe er sich mit General Ludendorff ins Benehmen gesetzt, um ihn darüber aufzuklären, daß diese Inpflichtnahme keine Separation bedeute. Ludendorff habe damals auch gesagt, daß er sie als eine unter der schwarz-weiß-roten Flagge erfolgte Tat betrachte. Ludendorff habe daran gedrängt, Hitler Propagandafreiheit zu geben. Am 25. Oktober habe Kahr eine

Unterredung mit Herrn Minow

gehabt, wo ausschließlich über den Plan eines Direktoriums gesprochen wurde. Damals sei die Einstellung Ludendorffs ablehnend gewesen. Hitler und sein Anhang hätten die Aktion zu einer Lösung mit Gewalt gedrängt. Ludendorff habe öfters erklärt, man dürfe nicht viel Zeit verlieren. Bei einer Besprechung am 31. Oktober habe Ludendorff gefordert, einen Beauftragten nach Berlin zu schicken, um dort Feuer in die Tube zu machen. Bei einer Besprechung sei auch die Rede von der Angora-Regierung gewesen in dem Sinne, man könne jetzt in Bayern eine Angora-Regierung aufstellen, die von hier aus Berlin eroberet. Er habe sofort in einem Zeitungsartikel gegen diesen Unfinn Stellung genommen. Ferner habe er gegenüber Hitler und anderen Führern öfters betont, daß

der Name Ludendorff innen und außenpolitisch für eine Diktatur nicht tragbar sei. Daß Hitler zur Führung eines Diktatorpostens nicht befähigt sei, daß er sehr wohl aber der politische Trompeter für eine Diktatur sein

könne. Trotz der von Hitler gegebenen Zusicherungen sei die Lage von Tag zu Tag kritischer geworden. Die völkischen Zeitungen predigten den Aulivismus. Es kam die Auffassung eines völkischen Grenzschutzes, dann die Eifersticht zwischen den einzelnen Verbänden untereinander, von denen jeder fürchtete, der andere könne ihm zuvor kommen. Aus diesen Verhältnissen heraus habe Herr von Kahr die Führer der vaterländischen Verbände zu der bekannten Besprechung für den 6. November einberufen und habe sich mit allem Nachdruck einerseits für das angestrebte Direktorium, andererseits aber gegen ein eigenmächtiges Vorgehen und gegen alle Futschabstiche ausgesprochen. Das, was Herr von Kahr dort gesagt habe, sei in offener, fast nicht mehr zu übertreffender Weise verdrückt und entwirrt worden. Bei keiner Besprechung mit den vaterländischen Verbänden sei das Wort von dem Marsch nach Berlin jemals gefallen. Dafür könnten zu viele Augen angegeben werden, als nur gewünscht werden. Die Reise des Obersten Seiffert nach Berlin sei nur informativ gewesen und man sei lediglich der Auffassung gewesen, daß in Berlin die Dinge nicht so vorwärts gehen, wie man wollte. Am 5. und 6. November sei

Admiral Scheer

nach München gekommen, der von Kahr, Seiffert und dem Zeugen informiert worden sei, zumal er auf dem Boden des Direktoriums gestanden habe. Am 7. November vormittags war der Zeuge bei Ludendorff. Auch hier sei nicht die Rede von einem Marsch nach Berlin, sondern immer nur von einem Druck auf Berlin die Rede gewesen. Allgemeine Bewegung entstand im Sitzungssaal, als der Zeuge erklärte, daß was hier durch Scheubner-Richter als von ihm (Zeugen) angegeben wurde, in Wirklichkeit von diesem sei. Es sei gesagt worden, Kahr, Lössow und Seiffert hätten auf den 12. November oder auf die folgenden Tage ein Unternehmen beabsichtigt und es sollte die Diktatur Kahr-Lössow-Seiffert als eine Art Konterrevolutionenunternehmen gegen die Diktatur Hitler-Ludendorff geschaffen werden. Das erste, was er von einem derartigen Plan gehört habe, sei das, was er in den Zeitungen gelesen habe.

Es sei nicht ein einziges Wort, soweit Kahr, Lössow und Seiffert in Betracht kommen, sollten, gesprochen worden und diese Darstellung sei rein aus der Luft gegriffen.

Nach einer kurzen Verhandlungspause gab dann der Zeuge eine eingehende Darstellung der Vorgänge im Bürgerbräukeller und erklärte, es sei ihm nicht im Entzweckeln der Gedanke gekommen, daß an diesem Abend irgend etwas passieren könnte. „Wie hätten wir denken können, daß auf eine Versammlung nationalgesinnter Männer von anderen vaterländisch und national Denkenden ein Ueberfall gemacht werden könnte?“ Als das Gedränge im Saal entstanden sei, habe er zunächst den Eindruck gehabt, daß man die Verarmung von linksradikaler Seite fördern wolle. Der Eindruck, den Hitler und seine Gefolgschaft machte, sei der größter Erregung gewesen. Hinter Hitler sei ein Mann in der bekannten Hitler-Uniform mit angelegter Mauserpistole gestanden.

Hitler selbst sei mit einer Mauserpistole auf Herrn von Kahr zugegangen.

während Seiffert und er wie andere Leute mit Pistolen im Schach gehalten wurden. Hitler habe dann die drei Herzen in scharfem Ton aufgefodert, ihnen zu folgen. Während dieser Vorgänge hätte auch eine Anzahl Leute, die bisher friedliche Wege waren, Pistolen gezogen und beobachtet, ob etwa einer der drei Herzen oder ihrer Begleitung nach einer in der Tasche befindlichen Waffe greifen würde. Nach einigem Zögern seien Kahr, Seiffert und er widerstehend Hitler gefolgt, der immer noch seine Pistole in der Hand gehabt habe und von seinen Pistolenmännern umgeben gewesen sei. Sie seien durch ein Gasse von Bewaffneten umgeben gewesen. Am Saaleingang sei ein Maschinengewehr aufgestellt gewesen. Vor dem Nebenraum seien Dutzende von bewaffneten Leuten mit drohenden Mienen dagestanden. Sie seien hierauf mit Hitler in das Zimmer hineingegangen, begleitet von einigen seiner Bewaffneten. In der Zeit dem ersten Auftreten Hitlers abgelaufenen Zeitpunkte hätten sich in ihm (dem Zeugen) eine Fülle von Gedanken zusammengedrängt. Das stärkste Gefühl war das der Ermörung und tiefsten Verachtung über den Kumpel-

und hinterhältigen Ueberfall trotz der getroffenen Abmachungen... Das gleiche Gefühl sei das tiefste Trauer gewesen... Die patriotische Bewegung in Bayern und im Reich auf das Schwere geschädigt werde und daß konzentrische Druck auf Berlin nunmehr verpuffen müßte...

Als mit verantwortlicher Träger der Staatsautorität sei es eine Pflicht gewesen, ohne Rücksicht auf die eigene Person alles einzusetzen... die unabsehbaren Folgen für Bayern und das Reich hinzuzurechnen, die eingetreten wären, wenn die Diktatur Hitler auch nur einige Tage gedauert hätte.

Die unabhäglichen Folgen für Bayern und das Reich hinzuzurechnen, die eingetreten wären, wenn die Diktatur Hitler auch nur einige Tage gedauert hätte... nach kurze Blicke und angeregtere Bemerkungen... wobei seinerseits Ausdruck „Komödie spielen“ gefallen sei...

Die unabhäglichen Folgen für Bayern und das Reich hinzuzurechnen, die eingetreten wären, wenn die Diktatur Hitler auch nur einige Tage gedauert hätte... nach kurze Blicke und angeregtere Bemerkungen... wobei seinerseits Ausdruck „Komödie spielen“ gefallen sei...

Bei den weiteren Auslassungen des Generals Loffow über die militärischen Maßnahmen am 9. November wird zum erheblichen Teil die Öffentlichkeit ausgeschlossen sein.

In der Nachmittags Sitzung wird die Vernehmung Loffows fortgesetzt. Loffow sprach eingehend über die Vorgänge in der Nacht zum 9. November.

In der Stadtkommandantur sei er um dreiviertel elf Uhr eingetroffen und General Danner habe ihn mit der charakteristischen Frage empfangen: „Erzählen, das war doch alles Bluff?“ Er habe den Herren dann die Vorgänge im Bürgerbräukeller geschildert, auf den dort begangenen Verrat und Treubruch hingewiesen und geantwortet, daß er seine Erklärung dort nur zum Schein und unter dem Zwange der Gewalt abgegeben habe...

Ein Verteidiger erklärte, er bringe gegenüber der Vernehmung Loffows von dem geplanten Normarich nach Berlin sein Bittenden zum Ausdruck, nachdem durch die in absehbare Zukunft gemachten Urkunden und Befehle und durch die in absehbare Zukunft gemachten eidlichen Zeuerauslassungen einwandfrei feststeht, daß die Aussagen Loffows in diesen Punkten nicht der objektiven Wahrheit entsprechen...

Die Vernehmung des Herrn von Rahr beginnen werde. Das Gericht beschloß dann, für die weitere Vernehmung Loffows die Öffentlichkeit auszuschließen. Kurz vor halb 6 Uhr kam Loffow aus dem Sitzungssaal. Die Verhandlung wurde aber noch einige Minuten unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortgeführt...

Deutscher Reichstag.

Am 10. März. Am Regierungstisch Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich Dr. Stresemann gegen die Behauptung des Professors Freitag von Loringhofen, daß Stresemanns Schwiegervater an einer tschechischen Waffenfabrik beteiligt sei...

Nach dem Inhalt der Vernehmung des Notetats. Nach dem Inhalt der Vernehmung des Notetats. Nach dem Inhalt der Vernehmung des Notetats. Nach dem Inhalt der Vernehmung des Notetats.

Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats.

Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats.

Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats.

Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats.

Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats. Die Vernehmung des Notetats.

Im Zeichen der kommenden Wahl.

Neue völksparteiliche Spitzenkandidatur in Potsdam. m. Berlin, 10. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Im Wahlkreis Potsdam haben die Vertreter der Deutschen Volkspartei am Sonntag für ihre Partei die Spitzenkandidatur für den Reichstag aufgestellt...

Eine Rede Kardoffs in Köln. m. Berlin, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Der völksparteiliche Führer von Kardoff sprach hier in einer von der Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei einberufenen stark besuchten Versammlung. Von der alles beherrschenden Außenpolitik ausgehend betonte er, daß von einer Unterstellung der besetzten Gebiete unter den Völkerbund nach dem mit diesem gemachten Erfahrungen nichts zu erhoffen sein würde...

Die Goldkreditbank.

Eine Annahme für Kapitalfluchtverhütung. m. Berlin, 10. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Gesetzesentwurf über die Goldkreditbank enthält in seinen Ausführungen auch einige erklärende Sätze über die Besteuerung der Gewinne der Bank. Es ist vorgesehen, daß das Reich einen Anteil am Gewinn erhält...

Die Arbeiten der Sachverständigen.

F. H. Paris, 10. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Untersuchungsausschuß für die deutsche Emissionsbank erörtert in seiner heutigen Berichterstattung weiter die Statuten dieser Bank. Morgen wird der Reichspräsident Dr. Schacht von diesem Untersuchungsausschuß angehört werden...

Die parlamentarische Lage in England.

L. London, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus wird in dieser Woche in die Debatte über die loeben veröffentlichten Voranschläge für den Staatshaushalt eintreten. Die Debatte wird, wie „Daily Telegraph“ erklärt, durch eine Erklärung der Liberalen eingeleitet werden, in der sie betonen wollen, daß es nicht ihre Absicht sei, in feindlicher Weise gegen die jetzige Regierung zu handeln...

Der Reichstag am 10. März.

Der Reichstag am 10. März. Der Reichstag am 10. März. Der Reichstag am 10. März. Der Reichstag am 10. März.

Elegante Herren-Anzüge nach Maß für Straße, Reise und Sport fertigt in eigener Werkstatt unter Garantie für erstklassigen Sitz Josef Goldfarb Kaiserstraße 181 Ecke Herrenstraße.

